Landkreis **Vorpommern-Rügen**
2. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:
Kreistagsfraktion SPD

Vorlagen Nr.:
A/2/0098

Status: öffentlich

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzungstermin**
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	12.03.2018 – an Ausschuss verwiesen
Kreisentwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss	Vorberatung	26.03.2018

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: "Landkreis Vorpommern-Rügen als Modellregion für kostenlosen ÖPNV"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen

- tritt für ein lebenswertes Leben in und die Aufwertung von ländlichen Räumen ein.
- fordert, dass das Modell in den aktuellen Planungen der Bundesregierung zum kostenlosen Nahverkehr auf die ländlichen Räume ausgeweitet und zumindest dort eine Modellregion geschaffen wird.
- beschließt, alle Anstrengungen zu unternehmen, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen Modellregion wird.

Begründung:

Ein kostenloses Ticket würde Vorpommern-Rügen in gesellschaftlicher, gäste- und umweltfreundlicher Hinsicht nach vorne katapultieren. Einhergehen muss damit der Ausbau unseres Nahverkehrsnetzes mit engeren Taktzeiten. Mit finanzieller Unterstützung des Bundes besteht dazu eine Chance. Damit wäre auch die langwierige Debatte um die kostenlose Schülerbeförderung vom Tisch.

Der Vorschlag aus dem Bund soll akuten Umweltbelastungen in den Großstädten entgegenwirken. Dieses ist zwar richtig, heilt aber nur Symptome, anstatt die Ursachen anzugehen. Das Problem liegt in der ungleichmäßigen Entwicklung städtischer und ländlicher Gebiete.

Anstatt das ungebremste Wachstum der Metropolen zu fördern, sollen praktische Schritte unternommen werden, die die Flucht in die Metropolen zu einer Bewegung in die Fläche umkehren. Klein- und Mittelstädte mit ländlichen Umlandräumen müssen attraktiver gemacht werden. In die Metropolen fließen Milliarden, um die vielfältigen Probleme in den Griff zu bekommen. Kaum erwogen wird, sich die ländlichen Räume Milliarden kosten zu lassen, damit der Druck auf die Zentren mit all den dadurch auftretenden Problemen wie Umweltbelastungen und Wohnungsnot gar nicht entstehen oder gemildert werden. Anstatt lösbare Probleme in

ländlichen Umlandräumen zu lösen (bezahlbare Wohnungen etc.), verstärken sich unlösbare Probleme in den Metropolen. Die Mobilität im ländlichen Raum ist dafür ein wesentlicher Faktor. Daher solle der Bund seine Strategie überdenken.

Wenn der Beschluss gefasst wird, sind die erforderlichen Schritte zu unternehmen, damit ein politischer Richtungswechsel erfolgt. Dazu gehört zunächst, alle regionalen Bundestagsabgeordneten einzubinden.

gez. Dr. Stefan Kerth
Fraktionsvorsitzender
Fraktion SPD